

*Kulturvermittler*innen vor neuen Herausforderungen*

Interview mit Johannes Ebert

(Generalsekretär Goethe-Institut)

und Ronald Grätz

(Generalsekretär Institut für Auslandsbeziehungen)

*Herr Ebert, Herr Grätz, erleben die Kulturmittler*innen gegenwärtig vor allem harte Zeiten, oder eröffnen sich auch neue Möglichkeiten?*

Johannes Ebert: Beides trifft zu. Einerseits leben wir in sehr herausfordernden Zeiten, die uns unter anderem mit einem wachsenden Populismus konfrontieren, der aus Angst vor dem Fremden erwächst, mit einer angespannten Lage in der Türkei und im Nahen Osten, auch mit der Frage, wie wir im Kulturdiallog mit den USA die Nähe erhalten. All das sind Entwicklungen, die von Kulturmittler*innen verlangen, neue Wege zu gehen, neue Formen und Formate des Austauschs zu finden und vielleicht auch noch stärker auf Partner*innen zuzugehen, die ein anderes Werteverständnis haben als wir. Auf der anderen Seite ist unsere Art der Kulturvermittlung und des Kulturaustauschs so wichtig, notwendig und gefragt wie nie zuvor.

Ronald Grätz: Die politischen Rahmenbedingungen haben sich für Kulturmittler*innen verändert. So, wie wir die Welt medial hauptsächlich durch Konflikte vermittelt bekommen, so reagieren auch wir in der Kulturarbeit mehr und mehr auf Krisen. Wir sind ja nicht nur in den USA, in der Türkei oder in Russland mit Herausforderungen konfrontiert, sondern auch in Europa, wo wir eine Diskussion um Nationalismus und das Erstarken einer neuen Rechten ebenso erleben, wie verschiedene Unabhängigkeitsbewegungen. Wir müssen die gesellschaftlichen Entwicklungen im Blick behalten hinsichtlich der Frage, was aus den Nationalstaaten gerade in Europa wird. Das ist Teil unserer Arbeit, weil sich aus kultureller Perspektive nicht zuletzt eine *Tiefenstruktur* politischen Verhaltens erkennen lässt. Wir sind in einer

Position, in der wir uns zunehmend um Kultur und Menschenrechte kümmern müssen, um Kultur und Freiheitsbegriffe, Kultur und Konfliktbewältigung.

Johannes Ebert: Die Kulturarbeit ist insgesamt politischer geworden.

Also ist eine Trennung zwischen den Ebenen der Kulturvermittlung und der Kulturpolitik obsolet geworden?

Johannes Ebert: Nein. Es ist weiterhin wichtig, Kulturvermittlung von Tagespolitik zu trennen und nicht zu schnell auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass wir auf langfristige gesellschaftliche Prozesse antworten müssen. Unsere Programme und Veranstaltungen – die ja Diskussionen auslösen, das Bewusstsein verändern, Offenheit erzeugen sollen – sind auf nachhaltige Begegnungen und Wirksamkeit ausgerichtet. Diese Unterscheidung ist wesentlich und muss erhalten bleiben. Wir sind allerdings stärker gefordert, auf gesellschaftliche Strömungen einzugehen, die unsere Vorstellung von Freiheit gefährden und damit verbunden unsere Begriffe von Vielfalt, Toleranz und Respekt. Diesbezüglich ist unsere Arbeit dringlicher geworden.

Ronald Grätz: Die Antwort auf die Frage, wie politisch Kulturinstitute agieren sollen, hat sich in der Tat etwas verändert. In der Vergangenheit haben wir vor allem mit unserer Arbeit eine Haltung vertreten. Wir haben uns für die Menschenrechte eingesetzt, für die Meinungsfreiheit und für demokratische Grundwerte. Heute zielen die Programme, die wir auflegen, die Publikationen, die wir herausbringen und die Themen, die wir bearbeiten, viel stärker auf eine politische Wirkung und Beratung. Es geht in unserer Arbeit nicht darum, persönliche Ansichten, wie zum Beispiel über Erdogan und Putin kundzutun, aber unsere Aufgabe besteht eben auch darin, uns mit Kulturpolitiker*innen auszutauschen, Themen aktiv anzusprechen und so Kulturpolitik mit zu gestalten.

Wie schnell und mit welchen Strategien können die Kulturinstitute auf veränderte politische Rahmenbedingungen reagieren, beispielsweise in der Türkei?

Johannes Ebert: Es kommt vor, dass uns bestimmte Entwicklungen zum sehr kurzfristigen Handeln nötigen. Ein Beispiel ist der Fall des Schriftstellers Doğan Akganlı, der in Madrid mit einem internationalen Haftbefehl unter fadenscheinigen Gründen festgehalten wurde. Wir haben ihn dann sehr schnell mit einem Stipendium ausgestattet und in den Gästerräumen unseres Instituts in Madrid untergebracht. Daran sieht man, wie akut sich die Politik auf die Arbeit des/der Kulturmittler*in auswirken kann. In der Türkei allerdings besteht unsere eigentliche Aufgabe vor allem darin, für Künstler*innen und Kulturschaffende eine Anlaufstelle zu sein und Partner zu bleiben, damit Kulturprojekte überhaupt gemeinsam weitergeführt werden können.

Wie genau gelingt das?

Johannes Ebert: Wir sind vor Ort und halten die Türen offen. In vielen Bereichen der Kulturarbeit gibt es in der Türkei keinerlei Einschränkungen, auch das muss man

sehen. Und natürlich versuchen wir gemeinsam mit europäischen Partner*innen und Stiftungen die Zivilgesellschaft zu stärken. Ein spannendes Programm in diesem Zusammenhang nennt sich »Orte der Kultur«. Damit schaffen wir unter anderem in Izmir und Gaziantep kulturelle Netzwerke in einem europäischen Kontext, zusammen mit niederländischen, französischen oder schwedischen Verbündeten und türkischen Partner*innen. Solche Freiräume anzubieten ist wichtig. Aber natürlich gibt es auch schwierige Situationen. Zum Beispiel konnten in diesem Jahr 50 türkische Deutschlerner ihr Sommerstipendium nach Deutschland nicht antreten, weil die türkischen Behörden darauf bestanden, dass die Jugendlichen durchgehend von einem türkischen Ministerialbeamten begleitet werden.

Ronald Grätz: Das ifa verfügt zwar nicht über Präsenzinstitute weltweit, wie das Goethe-Institut, dennoch über lokale Netzwerke, die für die deutschen auswärtigen Kulturbeziehungen von unerlässlicher Bedeutung sind. Meiner Ansicht nach ist es besonders wichtig, Akteure des Wandels in repressiven Gesellschaften zu unterstützen. Gerade, wenn sie aufgrund der politischen Lage nicht als Künstler*innen oder Kulturschaffende arbeiten dürfen, womöglich Sanktionen unterliegen oder mit Berufsverboten kämpfen. Wir müssen darauf vertrauen – das ist die langfristige Perspektive –, dass sie wieder in die Position gelangen, zum Motor der Veränderung zu werden. Solche Kontinuitäten müssen wir wahren.

Johannes Ebert: Ein wichtiger Punkt dabei ist das Vertrauen, das man genießt, wenn man seit 60 Jahren an einem Ort präsent ist, wie in Griechenland, wie in Ägypten. Ronald Grätz hat ja zum Beispiel in Lissabon als Leiter des Goethe-Instituts gearbeitet, wo wir auch während der Zeit der Diktatur gemeinsam große Programme aufgelegt haben. Daran erinnern sich bis heute viele Menschen in Portugal, das wird uns hoch angerechnet. Zugleich erwächst daraus auch eine Verantwortung, langfristig und verlässlich mit einem Institut vor Ort zu sein.

Wo wäre in Ihren Augen eine Grenze erreicht, wo ist die Vermittlung nicht mehr möglich?

Johannes Ebert: Eine harte Grenze ist für mich dort erreicht, wo Mitarbeiter*innen oder Partner*innen durch die Kooperation gefährdet wären. Das können wir nicht verantworten. In solchen Fällen ist uns auch das Auswärtige Amt ein wichtiger Partner. Ansonsten bin ich als Generalsekretär des Goethe-Instituts allerdings ein unbedingter Befürworter von Kulturprogrammen selbst unter widrigsten Bedingungen. Wenn wir eine Tür offen halten, einen Kanal der Kommunikation legen oder Menschen außerhalb der Regierungsstrukturen erreichen können, dann tun wir das.

Selbst in Ländern, wo Ihr Engagement zu Kritik in Deutschland führt?

Johannes Ebert: Ja. Ein konkretes Beispiel ist Saudi-Arabien. Vor zwei Jahren haben wir dort ein Kulturprogramm im Rahmen des »Janadriyah Festivals« veranstaltet, das einen etwas folkloristischen Ansatz hat. Dieses Festival bietet eine der wenigen Gelegenheiten, wo sich Männer und Frauen im öffentlichen Raum gemeinsam bewegen können. Wir wurden damals dafür kritisiert, dass wir das Festival

nicht boykottiert haben. Aber ich bin überzeugt davon, dass wir richtig gehandelt haben. Nicht weil ich dafür wäre, problematische politische Verhältnisse totzuschweigen, die gilt es selbstverständlich auf politischer Ebene zu adressieren, sondern weil es eine der wenigen Chancen war, die es in Saudi-Arabien überhaupt gibt, die Bevölkerung direkt anzusprechen. Generell sind wir der Auffassung, dass Kulturboykott eigentlich immer die Falschen trifft.

Ronald Grätz: Ich betrachte diese Diskussionen in der deutschen Öffentlichkeit mit höchst gemischten Gefühlen. Zum Beispiel sind mir die Proteste aufgestoßen, als Martin Roth bei der »Biennale in Venedig« den Pavillon von Aserbaidschan kuratiert hat. Ganz abgesehen davon, dass der aserbaidshanische Präsident Alijew mittlerweile von der EU als Repräsentant eines möglichen Beitrittskandidaten empfangen wird, sollte man grundsätzlich darauf vertrauen, dass Kultur eine Gegenöffentlichkeit und Gegenwelt herstellen *kann* und dass sie Menschen zu verändern vermag. Diese Chance muss, wenn sie sich bietet, genutzt werden.

Ausnahmslos überall?

Ronald Grätz: Im Prinzip ja. Inwiefern unterscheidet sich Kulturarbeit und kultureller Dialog von einer Wirtschaftskooperation, die doch stets als erstrebenswert gilt? Selbst mit Nordkorea sollte man kulturpolitisch zusammenarbeiten. Das kann auch schiefgehen, keine Frage. Aber versuchen müssen wir alles.

Löst sich in der Kulturarbeit die Grenze zwischen Innen und Außen auf?

Johannes Ebert: Grenzen, die früher Bestand hatten, lösen sich in Zeiten der Globalisierung auf oder werden zumindest leicht überwindbar. Deutschland ist heute in eine globale Gesamtstruktur eingebunden, die es unmöglich macht, sich nur noch national oder innerhalb des Landes zu orientieren. Die großen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, sei es Klimaschutz oder Terrorismus, können wir nur gemeinsam angehen.

Auch Migration und Integration sind globale Themen, die Gesellschaftspolitik berühren und damit Kultur. Integration wiederum hat ja auch mit Sprachvermittlung zu tun.

Dazu muss allerdings eine Bereitschaft zum Dialog bestehen.

Johannes Ebert: Wir beobachten ja, dass auch Länder wie China oder Russland ihre Außenkulturpolitik verstärken. Es gibt weltweit 500 *Konfuzius-Institute*, Russland nimmt massiv Einfluss über digitale Medien. Das wirft die Frage auf, wie wir unser liberales Narrativ, unsere liberale Ausrichtung gegen Entwicklungen vertreten und bewahren können, die unserem Verständnis entgegengesetzt sind, die wir in vielerlei Hinsicht nicht respektieren können. Das ist eine kulturpolitische und gesellschaftspolitische Frage. In der globalisierten Welt konkurrieren die Narrative immer stärker miteinander. Ich bin zwar nicht der Ansicht, dass die Kultur ein Feld des Konkurrenzkampfes sein sollte. Aber es ist wichtiger geworden als früher, die eigene Position klar darzustellen und zu behaupten.

Ronald Grätz: In den Ländern, in denen wir arbeiten, war für uns stets die Frage wichtig: Könnten Diskurse, die in Deutschland hinsichtlich gesellschaftlicher Veränderungen relevant sind, auch vor Ort interessieren? Was lässt sich übertragen? Diese Perspektive ist in gewisser Weise überholt. Unsere Gesellschaft hat sich durch Migration, Digitalisierung und auch Narrative von außen derart stark verändert, dass wir sie nicht mehr verstehen und gestalten können, wenn wir nicht Diskurse aus dem Ausland nach Innen überführen. Deswegen bin ich überzeugt davon, dass Außenkulturpolitik auch Innenkulturpolitik sein muss – und umgekehrt.

Welche Voraussetzungen braucht es dafür?

Ronald Grätz: Es ist wichtig, sich von außen kritisch betrachten zu lassen und lernend zuzuhören. Hier sind die Kulturmittler*innen gefragt. Wer sonst hätte eine so perspektivreiche Expertise, wie in der Welt gedacht wird? Hinsichtlich der Veränderungen in Ländern, die derzeit besonders im Fokus stehen, wie zum Beispiel die USA und China, aber auch in Regionen wie den Golfstaaten oder Lateinamerika erspüren wir kulturelle und gesellschaftliche Veränderungen quasi seismografisch. Leider gibt es noch eine zu starke Scheu, Perspektiven von außen anzunehmen, sich in eine lernende, zuhörende Position zu begeben.

Die Arbeit der Kulturinstitute ist vielfach auf regionale kulturelle Identitäten ausgerichtet. Zugleich werden die Diskurse immer globaler. Liegt darin ein Widerspruch?

Johannes Ebert: Im Ausland bleibt eines der Grundprinzipien unserer Arbeit, die Kulturszene vor Ort kennenzulernen, uns Partnerschaften aufzubauen und genau zu schauen, welchen spezifischen Beitrag wir genau hier am besten leisten können. Daran ändert sich nichts. Aus dieser lokalen Kenntnis heraus lassen sich dann wiederum Netzwerke spannen, die verschiedene Städte, Länder oder sogar Kontinente umfassen.

Haben Sie ein konkretes Beispiel dafür?

Johannes Ebert: In Europa planen wir gegenwärtig das Projekt »Freiraum«. Das widmet sich der Frage, wie sich Zivilgesellschaften gestalten lassen. Ausgehend vom Begriff der Freiheit arbeiten 40 europäische *Goethe-Institute* daran. Es werden je zwei Partner*innen zusammengespant, die sich mit einer wichtigen gesellschaftlichen Herausforderung auseinandersetzen, die ihr Gegenüber aus seiner Perspektive als zentral formuliert hat – ausgehend von der Analyse, dass der Populismus in Europa auf dem Vormarsch ist. Der Bezugsrahmen ist eben nicht ein einzelnes Land, sondern wir betrachten Strömungen zunehmend lokal-global und suchen grenzübergreifend nach Lösungen. In dem Bewusstsein, dass die Probleme uns nicht allein betreffen.

Ronald Grätz: Was macht denn überhaupt eine kulturelle Identität aus? Wie wir wissen, sind Identitäten fluide, sie verändern sich. Wir müssen bestimmte starre Denkmodelle hinter uns lassen. Der Grundgedanke des Nationalstaats etwa hakt heute daran, dass Nation und Staat nicht mehr identisch sind. Das ist ein Modell

aus dem 19. Jahrhundert. Wenn eine Nation so etwas wie eine kulturelle Identität hervorbringt, die sich aus Sprache, Historie und verdichteten Kommunikationsräumen zusammensetzt, dann haben Staaten mitunter viele Nationen. Ein Europa der Kulturen, ein Europa der Nationen ergibt eine völlig andere Landkarte als ein Europa der Staaten.

*Was folgt daraus für die Kulturmittler*innen?*

Ronald Grätz: Es bedeutet, dass die Kulturmittler*innen sehr ortsspezifisch arbeiten müssen. Sie haben es mit unterschiedlichen Bedingungen zu tun, nicht mit einem abstrakten Staatsgebilde oder -begriff. Ein Staat kann nur eine Organisationsstruktur liefern, keine Identitätsbasis. Das bedeutet nicht, dass ich den Staat mit Judikative, Legislative und Exekutive abschaffen wollen würde. Aber der neue Nationalismus und die Unabhängigkeitsbewegungen zeigen deutlich, dass wir das bisherige Modell von Staatlichkeit – den sogenannten Nationalstaat – weiterentwickeln müssen, gerade in Europa.

Wie können Sie neue Zielgruppen erreichen, die Sie bislang gar nicht als Adressaten Ihrer Arbeit im Blick hatten, beispielsweise im Mittleren Westen der USA?

Johannes Ebert: Mit dieser Frage setzen wir uns gegenwärtig intensiv auseinander und erproben Strategien. Über viele Jahre waren wir als *Goethe-Institut* sehr stark auf die Metropolen des Westens und Ostens der USA fokussiert, wo wir auch weiterhin mit den liberalen Kräften zusammenarbeiten, das bleibt ja wichtig. Leider sind in den 1990ern und Anfang der 2000er Jahre einige Institute im Mittleren Westen oder auch in Texas geschlossen wurden, was im Rückblick ein Fehler war. Jetzt fehlt diese Netzwerkstruktur mit Partner*innen vor Ort, mit denen wir gemeinsam die drängende Frage ins Visier nehmen könnten: Wie gehen wir mit Menschen um, die unsere Werte kritisch sehen oder nicht teilen?

Liegt auch hier die Antwort im Dialog?

Johannes Ebert: Mit dem erwähnten »Freiraum«-Projekt und auch mit anderen Vorhaben gehen wir gezielt in Städte, die sich als sehr anfällig für aufwallenden Populismus gezeigt haben. Zum Beispiel veranstalten wir Diskussionsveranstaltungen in Mitteleuropa nicht mehr nur in den Hauptstädten, sondern gehen bewusst in mittelgroße Orte. Auch das britische Carlisle ist dabei, die Stadt mit der höchsten Zustimmungsrate zum Brexit in ganz Großbritannien. Nach dem Brexit haben wir ein internes Papier erstellen lassen, das zu dem Schluss gelangt, dass wir besser lernen müssen, mit konträren Meinungen umzugehen. Zu unserer Brüsseler Diskussion »European Angst« im vergangenen Jahr haben wir bewusst auch sehr konservative Intellektuelle eingeladen – entsprechend hart wurden die Auseinandersetzungen geführt. Wir müssen es aushalten, dass bestimmte Konflikte bestehen bleiben und sich nicht alles in Harmonie auflöst.

Ronald Grätz: Um noch einmal in die USA zu blicken: Für das Deutschlandjahr plant das *ifa* eine Ausstellung, die wir in Kooperation mit dem *Goethe-Institut* in

verschiedenen Städten zeigen wollen, unter anderem in Detroit. Das ist eine Metropole, die als *Shrinking City* einen beispiellosen Niedergang hinter sich hat, aber auch die Chance ergreift, sich neu zu erfinden. Wenn wir solche Entwicklungen begleiten, ergeben sich eine Vielzahl von Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Den/die Waffenliebhaber*in im Mittleren Westen wird man wahrscheinlich nicht erreichen. Aber um die Zivilgesellschaft anzusprechen und lokale Diskurse mitzugestalten, wie im Bereich der Stadtentwicklung und der Lebenswelten der Menschen, sind kulturelle Produktionen und Koproduktionen gute Möglichkeiten.

Johannes Ebert: Wir unterhalten auch seit vielen Jahren ein »German-American-Partnership-Program«, in dessen Rahmen wir jedes Jahr Schüleraustausche organisieren. Viele dieser Programme finden in Staaten des Mittleren Westens statt. Mit einem anderen Projekt bringen wir amerikanische Sozialkundeführer*innen nach Deutschland, die über ein Multiplikatoren-Netzwerk in den USA wiederum neue Kollegen dafür interessieren. Solche Programme gewinnen in der gegenwärtigen Situation eine völlig neue Bedeutung. Der Anfang ist doch stets, dass wir mehr voneinander lernen und verstehen müssen, welchen Blick auf die Welt der jeweils andere hat. Mit dieser Verständigung über Werte beginnt man am besten in jungen Jahren in der Schule.

Der westliche Wertekanon, über den wir dabei reden, wird aber nicht global geteilt. Überhaupt sehen viele den Westen im Abstieg begriffen, während China zur neuen Supermacht aufsteigt.

Johannes Ebert: Das sind die neuen Narrative, mit denen wir uns auseinander setzen müssen. Viele gehen davon aus, dass Staaten oder Regionen sich zu neuen globalen Machtzentren entwickeln, allen voran China – und dass damit ein politisches System und Ansichten sehr mächtig werden, die unseren widersprechen. Gleichzeitig entstehen auch innerhalb Deutschlands neue Narrative, durch welche die Demokratie in Frage gestellt wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diesen Narrativen unsere freiheitlichen Werte gegenüberstellen müssen. Dieser Herausforderung müssen wir uns als *Goethe-Institut* stellen.

Ronald Grätz: Ich teile die These nicht, dass neue Werte aus China kommen. Es geht doch vielmehr um die Deutungshoheit globaler Zusammenhänge, wohinter eine eindeutig politische Absicht steht. China hat keine neuen Werte und keinen moralisch-ethischen Kanon anzubieten, der als Modell für eine internationale Zusammenarbeit funktionieren würde. Zu besichtigen ist vielmehr eine Gemengelage aus Geopolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsorganisation. Das mag eine Herausforderung für unser Werteverständnis bedeuten, aber was folgt daraus? Hinter eine Errungenschaft wie die allgemeinen Menschenrechte würde ich nie zurücktreten.

Kritisch wird es doch dort, wo der Eindruck entsteht, dass der Westen den eigenen Werten zuwiderhandelt.

Johannes Ebert: Das ist sicher so. Als ich im Nahen Osten gearbeitet habe, wurde deutschen Institutionen in gewissen Zusammenhängen Heuchelei vorgeworfen, Doppelzüngigkeit – man steht, so die Sicht mancher Partner*innen, als westliche

Institution für Demokratie, gleichzeitig marschieren Armeen des Westens im Irak ein. Diese Diskurse zeigen, wie wichtig es ist, dass das *Goethe-Institut* als eingetragener Verein programmatisch unabhängig arbeitet.

Ist die Fähigkeit zur Selbstkritik auch ein Wert?

Johannes Ebert: Natürlich. Wir erleben gegenwärtig ja eine große Diskussion um das Fortwirken des Kolonialismus auf verschiedensten Ebenen. Was nehmen wir aus dem postkolonialen Diskurs wahr, was nehmen wir auf, wo reagieren wir? Diese Fragen sind für uns wichtig. Zur Aufhebung von Innen und Außen in der Kulturarbeit gehört auch, dass wir uns in manchen Punkten radikal infrage stellen. Da kann und muss uns der Blick von außen auch helfen.

Ronald Grätz: Selbstkritik zählt für mich ganz klar zu einem unserer wichtigsten Werte. Ich bin Demokrat, keine Frage. Dass diese Demokratie ihre Schwächen hat, muss ich zugeben. Aber wenn andere Staaten die Demokratie, die wir vertreten, rundheraus ablehnen, müssen wir schauen, wo wir Fehler begangen haben. Selbstkritik sollte Teil unserer Kulturarbeit sein. Selbstverunsicherung kann sehr produktiv sein.

Johannes Ebert: Wobei man, statt von Selbstkritik, auch von Diskursfähigkeit sprechen könnte, die ja die Fähigkeit zur Selbstkritik mit einschließt. In einer reflektierten Weise wohlgemerkt, nicht aus einer Haltung des *mea culpa* heraus.

Ronald Grätz: Die Tatsache, dass wir Fragen des Fortwirkens kolonialer Tiefenstrukturen so entschieden aufgreifen, ist ein positiver Aspekt. Und ein wichtiger. In der Analyse dieser Strukturen werden viele Verwerfungen erklärbar. Die Art und Weise, wie der politische Konflikt um die versuchte Abspaltung Kataloniens auf beiden Seiten behandelt wurde, hat etwas mit den unterschiedlichen Selbstbildern in Spanien zu tun, die zum Teil noch in der Zeit der *Conquista* wurzeln.

Johannes Ebert: Mit dem Kolonialismus haben wir uns im *Goethe-Institut* sehr früh auseinandergesetzt. Auch deshalb, weil die Kolleg*innen vor Ort mit Protagonisten der postkolonialen Diskurse wie Achille Mbembe und anderen vertraut waren. Ich ermutige meine Kolleg*innen auch, genau zu schauen, ob eine Entwicklung oder ein Diskurs nicht für uns oder ein anderes Land unseres Netzwerks spannend werden könnte. Das können wir sicherlich noch optimieren und bestimmte Themen früher in den globalen Diskurs einbringen.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft. Welche Themen werden in den kommenden Jahren relevant sein für Ihre Arbeit?

Johannes Ebert: Wir arbeiten seit Jahren daran, die Tatsache im Bewusstsein zu verankern, wie wichtig digitale Medien für den Kulturaustausch sind. Einerseits, um die Reichweiten zu erhöhen, um junge Leute besser zu erreichen. Und andererseits haben wir die Verantwortung, über die gesellschaftlichen Folgen von Digitalisierung zu diskutieren, Chancen und Risiken gegenüberzustellen. Wie wirkt Digitalisierung auf den Menschen ein, wie auf die Arbeitswelt? Das bleibt für mich ein zentrales und eben auch ein kulturelles Thema.

Und welche Plattformen und Formate gewinnen an Bedeutung?

Johannes Ebert: Gaming wird immer wichtiger. Viele unserer Institute und Partner*innen beschäftigen sich damit, eben auch mit politischen Spielen. Und natürlich wird für uns als *Goethe-Institut* die Vermittlung der deutschen Sprache nie an Wichtigkeit verlieren, gerade auch in Zusammenhang mit den Themen Migration und Integration. Damit verbunden ist auch eine Frage, die uns in den kommenden Jahren beschäftigen wird: Welche Kulturangebote müssen wir für Menschen machen, die neu nach Deutschland kommen?

Was wird Sie beim ifa beschäftigen, Herr Grätz?

Ronald Grätz: Wir werden uns vor allem Themen mit der Fragestellung nähern, welche Bedeutung und Möglichkeit Kultur hat, also stets eine Betrachtung aus kultureller Perspektive. Kultur und Menschenrechte sind ein Feld, auf das ich bereits verwiesen habe. Wichtig ist auch der Komplex Kultur und Konflikt. Welchen Beitrag kann Kultur bei Friedensprozessen zukommen, welchen Anteil haben Kultur und Religion an Konflikten? Und welche Bedeutung haben Kunst und Ästhetik heutzutage? Die Kunst ist unter dem erweiterten und damit einem sehr breiten Kulturbegriff subsumiert worden. Sollten wir zurückfinden zu einem Begriff, der Ästhetik in der Kultur als eine andere Art von Erkenntnis sieht?

Halten wir fest: es bleiben gemeinsame Herausforderungen.

Johannes Ebert: Für unsere beiden Institute ist die Frage zentral, wie wir Zivilgesellschaften im Ausland stärken. Wie schützen wir Künstler*innen, die unter Druck geraten? Dazu arbeiten das *Goethe-Institut* und das *ifa* gerade an einer Initiative im Auftrag des *Auswärtigen Amtes*, um gefährdeten Kulturschaffenden einen Schutzraum zu geben. Auch das ist für uns ein großes Thema.

Ronald Grätz: Für das *ifa* und das *Goethe-Institut* ist es zentrales Anliegen, Menschen zusammenzubringen. Alle Programme, bei denen sich Menschen weltweit begegnen – und am besten solche, die sich bisher nicht kannten – sind fruchtbare kulturpolitische Dialogprojekte.

Das Gespräch führte Patrick Wildermann

